

In der afghanischen „Falle“?

Aus Afghanistan kamen in den letzten Monaten wenig erfreuliche Meldungen. Vor allem die Situation im Süden und Osten des Landes muss nachdenklich stimmen. Allerdings: Die bittere Erkenntnis, dass das Land nur unter großen Schwierigkeiten zu stabilisieren ist, überrascht nicht sonderlich. Denn es war abzusehen, dass sich die Sicherheitslage durch die Ausweitung des NATO-Operationsgebietes landesweit signifikant verschlechtern würde. Schon allein der Anflug auf die Hauptstadt Kabul wirft auch bei jedem militärisch weniger Versierten die grundsätzliche Frage auf, ob es der NATO trotz zum Teil modernster Ausrüstung mit ihren zirka 31 000 Soldaten auf Dauer gelingen wird, dieses Land mit seinen 647 000 Quadratkilometern und seinen kaum kontrollierbaren Gebirgsregionen wirkungsvoll zu befrieden. Zumal von der sich noch im Aufbau befindenden ANA (Afghan National Army) und einer in Teilen durch und durch korrupten Polizei relativ wenig Unterstützung zu erwarten ist.

Die Ausweitung des ISAF-Mandates

Im Juli 2006 begann die ISAF (International Security Assistance Force), ihr Operationsgebiet auch auf die unruhigen südlichen Provinzen auszudehnen. Dies gestaltete sich jedoch im operativen Schwerpunktgebiet der Taliban erwartungsgemäß schwieriger als im Norden und Westen des Landes. Denn die dauerhafte Präsenz von fast 9000 kanadischen, britischen

und niederländischen Soldaten führte zu einer Art „Schock“ (General J. L. Jones, Supreme Allied Commander, Europe) unter den nach ihrer Niederlage 2001 inzwischen wieder reorganisierten „Gotteskrieger“ und rief deren unterschiedlichen Widerstand hervor. Zuvor war es im Rahmen der – von den USA geführten – Terrorbekämpfungsoperation „Enduring Freedom“ (OEF) aufgrund der begrenzten personellen Ressourcen nicht möglich gewesen, in diesen Landesteilen regelmäßig oder gar dauerhaft präsent zu sein. In den folgenden Wochen kam es vor allem in den Provinzen Helmand und Kandahar zu zum Teil schweren und verlustreichen Flächenkämpfen. Trotz der erfolgreich abgeschlossenen Gegenoperation „Medusa“ geht ISAF-Oberbefehlshaber Generalleutnant Richards davon aus, dass die Taliban nicht besiegt sind und sich wahrscheinlich in naher Zukunft erneut regroupieren werden. Im Gegenzug trugen diese ihren Terror auch in andere Landesteile einschließlich Kabuls. Die Ziele der Selbstmordattacken waren dabei bewusst gewählt. Sie richteten sich vor allem gegen militärische ISAF-/NATO-Objekte, aber auch gegen staatliche afghanische Institutionen, also gegen „Kollaborateure“ der Regierung. Die Intention dieser Operationen ist dabei eindeutig: Man beweist der einheimischen Bevölkerung ebenso wie der ISAF nicht nur militärische Handlungsfähigkeit, sondern zeigt, dass man sogar jederzeit in der Lage ist, eine „zweite Front“ in der von internationalen wie auch afgha-

nischen Kräften stark gesicherten Hauptstadt zu eröffnen.

Gestützt auf die Sicherheitsratsresolution 1707 vom 12. September 2006, dehnte die ISAF bis Oktober ihre Zuständigkeit schließlich auch auf die an Pakistan grenzenden Ostprovinzen aus. Zu diesem Zweck wurden ihr schließlich zirka 12 000 von insgesamt 20 000 US-Soldaten unterstellt, die bislang in der eigenständigen OEF operierten. Dem Rest dieser Truppen obliegt jedoch – in enger Abstimmung mit der ISAF – auch weiterhin der Anti-Terror-Einsatz.

„Entamerikanisierung“ des Konfliktes

Zugespitzt könnte man formulieren: Das Problem in Afghanistan sind nicht unbedingt die Taliban (oder wen man dafür hält), sondern die USA. Denn die meisten Afghanen sind davon überzeugt, dass es Washington nicht wirklich ernst nimmt mit der Befriedung ihres Landes, sondern dass die US-Administration am Hindukusch – im Verbund mit Pakistan – hegemoniale, „egoistische“ Interessen vertritt. Die bei US-Militäreinsätzen verursachten zivilen „Kollateralschäden“ tun ein Übriges, den letzten Rest von Vertrauen zu zerstören. Die USA stellen momentan also eher ein „Problem“ bei der Lösung des Konflikts dar, als dass sie Teil einer Problemlösung wären.

Was also tun, um die Lage zu entspannen? Ein Erfolg versprechender Ansatz wäre zum Beispiel, zunächst das militärische, später auch das zivile Engagement der Amerikaner sukzessive zu verringern, eventuell sogar zu beenden. Als den Konflikt quasi zu „entamerikanisieren“. Als „Zwischenlösung“ könnte die dabei entstehende Lücke durch eine Gruppe europäischer (NATO-)Staaten – unterstützt durch weitere islamische Länder – geschlossen werden. Wer aber im atlantischen Bündnis wäre überhaupt geeignet und würde sich bereit erklären, mehr Ver-

antwortung in Afghanistan zu tragen? Großbritannien? Angesichts der negativen Erfahrungen, die man in der Vergangenheit am Hindukusch mit den Briten gemacht hat, wohl eher nicht. Abgesehen davon, dass deren Image seit dem Irak-Engagement in der islamischen Welt ebenfalls schwer gelitten hat. Sinnvoller erscheint da schon ein verstärktes Engagement Deutschlands, Frankreichs und Italiens, die (noch) als relativ unbelastet gelten. Es muss aber gewährleistet sein, dass das weitgehend erfolgreiche deutsche Stabilisierungskonzept dann auch auf andere Landesteile übertragen wird.

Ein positiver Begleiteffekt dieser Option: Die NATO-Partner im Irak würden entlastet, wenn die in Afghanistan frei werdenden Ressourcen an Mensch und Material 1100 Kilometer weiter westlich zum Einsatz kämen. Um eine personelle militärische Aufstockung wird Berlin auf Dauer insoweit wohl nicht herumkommen. Etwa 3000 Soldaten sind einfach zu wenig, wenn man landesweit mehr Verantwortung übernehmen will (oder muss) und gleichzeitig eine Destabilisierung Nordafghanistans vermeiden möchte. Gewiss, dort hat sich oberflächlich eine relative Ruhe eingestellt, die aber nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass die Situation jederzeit wieder kippen kann, wenn Truppen abgezogen würden. Die zunehmende Zahl von Anschlägen auf (deutsche) ISAF-Soldaten ruft dies immer wieder in Erinnerung.

Zwar gelang es der deutschen Diplomatie auf dem NATO-Gipfeltreffen in Riga, mit Verweis auf das Bundestagsmandat vom 29. September 2006 noch einmal eine „Verschnaufpause“ auszuhandeln, indem man auf zwei Beschränkungen beharrte. Da die Bundesregierung *erstens* weiterhin besonderen Wert auf eine klare Abgrenzung von Terrorismusbekämpfung und ISAF-geführten Sicherheitsoperationen legt, beteiligt sich die Bundeswehr auch zukünftig nur in engen

Grenzen an der OEF. Und *zweitens* bleibt die Bundeswehr schwerpunktmäßig auf den Norden Afghanistans beschränkt. Dabei ist es seit dem Bundestagsbeschluss vom 28. September 2005 jedoch grundsätzlich möglich, dass deutsche Streitkräfte nicht nur in den ISAF-Regionen Nord und Kabul, sondern darüber hinaus im ganzen Land zeitlich und im Umfang begrenzt eingesetzt werden können. Vorausgesetzt, diese Unterstützungsmaßnahmen sind zur Erfüllung des ISAF-Gesamtauftrages unabweisbar. Und die Anfrage der NATO nach Tornado-Aufklärern knüpft genau dort an. Aberschon jetzt leistet die Bundeswehr unterhalb der offiziellen Ebene in anderen Landesteilen operative Hilfe außerhalb ihres geografischen Kernzuständigkeitsbereiches.

Eventuell könnte auch die Türkei verstärkt ins Spiel gebracht werden. Als NATO-Mitglied, aber vornehmlich islamisch geprägter Staat ohne eigene Interessen in Afghanistan könnte sie der Partner im Bündnis sein, den religiös motivierte Kombattanten noch am ehesten als „ehrlichen Makler“ aufseiten ihrer Gegner akzeptieren würden. Andererseits gilt die Türkei vielen Afghanen schon nicht mehr als islamisches Land, da ihre Gesellschaft sich nach deren Einschätzung schon zu sehr „verwestlicht“ hat. Doch letztendlich gilt: Mehr als das militärische Engagement muss die internationale Gemeinschaft ihre Anstrengungen für den zivilen Wiederaufbau deutlich verstärken, um das in letzter Zeit verspielte Vertrauen der Afghanen wieder zurückzugewinnen.

Unkonventionelle Lösungsansätze

Überträgt man die Überlegung, dass sich das Ganze aus seinen einzelnen Teilen zusammensetzt, auf die Taliban, so wäre ein Lösungsansatz notwendig, der individuell auch auf deren einzelne „Komponenten“ eingeht. Gegen ausländische Terroristen vom Schlage der El Kaida in

ihren Reihen hilft sicherlich nur hartes militärisches Vorgehen; zur Vermeidung ziviler Opfer jedoch nur „nadelstichtartig“, das heißt gezieltes Töten Einzelner oder kleiner Gruppen. Dies kann aber momentan wohl nur die US-Armee leisten. Die ISAF verfügt nicht über die dazu notwendigen Kräfte und Ressourcen im Land beziehungsweise ist bei gemeinsamen Einsätzen weitgehend auf amerikanische Unterstützung angewiesen. Ziel der NATO müsste es sein, diese „Kapazitäten“ schnellstmöglich herzustellen, um so die US-Truppen im Sinne der „De-amerikanisierungsstrategie“ aus dieser Aufgabe quasi „herauszuziehen“.

Für die zweite Gruppe innerhalb der Taliban gilt es, ein tragfähiges „Dialogkonzept“ zu entwickeln. Sicherlich wird es schwierig sein, zu dieser Fraktion, die vor allem durch radikalislamische Erziehung geprägt wurde beziehungsweise wird, Zugang zu finden. Aber ganz ausgeschlossen ist das nicht. Es kommt dabei jedoch auf die richtigen Verhandlungspartner an. Diese sollten – religiös gebildet und moderat islamisch – aus Afghanistan selbst stammen, um das Gefühl zu vermitteln, Teil eines rein afghanischen Lösungsansatzes zu sein. Außerdem darf keinesfalls der Eindruck entstehen, dass diese lediglich als Paladine der verhassten „weltlichen“ Regierung Karzai und schon gar nicht der „ungläubigen Ausländer“ fungieren. Und: Man muss dieser Gruppierung Konzessionen anbieten, die für sie essenziell sind, beispielsweise Zugeständnisse in gesellschaftspolitischen Fragen. Natürlich würde dies zunächst einen herben Rückschlag für die internationalen Anstrengungen zur Etablierung freiheitlich-demokratischer Strukturen nach westlichem Vorbild bedeuten. Religiöse Fundamentalisten auf Dauer am Verhandlungstisch einzukapseln, um die Lage zu beruhigen und sich Zeit für andere Lösungsoptionen zu verschaffen, ist aber effektiver, als gegen diese einen

nicht zu gewinnenden Guerillakrieg zu führen.

Die dritte Gruppe der „Gotteskrieger“ bilden Kombattanten, die – vielleicht existenziell wirtschaftlich bedroht – von den Taliban für ihre Kriegsdienste meist durch den Gewinn aus dem lukrativen Drogenhandel bezahlt werden. Dieses Söldnertum würde aber ausgetrocknet, wenn es gelänge, Sicherheit und wirtschaftliche Prosperität in Einklang zu bringen. Denn ohne Sicherheit wird es kaum privatwirtschaftliche Investitionen geben, die neue Arbeitsplätze schaffen. Fehlen diese aber, so ist es nahezu unmöglich, ein Mindestmaß an Wohlstand zu gewährleisten. Ohne diesen werden viele Afghanen, deren Hoffnungen auf ein besseres Leben sich in den letzten fünf Jahren nicht erfüllt haben, wiederum in die Arme der Extremisten getrieben. Damit schließt sich der Kreis: Sicherheit und wirtschaftliche Prosperität bedingen sich gegenseitig.

Einbeziehung der Nachbarländer

Die dauerhafte Stabilisierung Afghanistans braucht auch weiterhin die Einbeziehung seiner unmittelbaren Nachbarn. Gerade im Hinblick auf den Iran verlief die Entwicklung in den vergangenen Jahren wenig erfreulich. Der internationale Druck auf das Land im Zusammenhang mit dessen möglichem Atomwaffenprogramm und sein unberechenbarer Staatspräsident Ahmadinedschad machen es schwierig, gemeinsame Lösungsansätze für die Gesamtregion zu finden. Inwieweit durch die sich abzeichnende Wende der US-Irakpolitik neue Handlungsoptionen auch für Afghanistan eröffnet werden, bleibt abzuwarten. Sollte Washington mittelfristig wirklich seine Truppen vom Tigris abziehen, dann könnte die skizzierte „Deamerikanisierung“ entsprechend komplementär wirken. Denn: Die Furcht vor einer „Einkreisung“ durch die Vereinigten Staaten wirkt wie eine Art

„Kitt“ auf die iranische Gesellschaft. Davon befreit, würde – auch bedingt durch die angespannte wirtschaftliche Lage – der innenpolitische Druck auf die Staatsführung zunehmen, entsprechende Machtverschiebungen wären möglicherweise die Folge. Eine kluge europäisch-amerikanische Diplomatie vorausgesetzt, könnten sich Handlungsschemata entwickeln, die beruhigende Wirkung auf die ganze Region zwischen Beirut und Islamabad hätten.

Ungleich bedeutsamer für die Lage in Afghanistan ist indes dessen östlicher Nachbar. Zwar stellt Pakistan vor allem für die USA (immer noch) einen wichtigen Partner im Kampf gegen den internationalen Terrorismus dar. Doch ist es Präsident Musharraf ganz offensichtlich nicht gelungen, die Taliban von ihrem Unterstützerumfeld im paschtunisch besiedelten Gebiet jenseits der Grenze wirkungsvoll abzuschneiden. Darüber hinaus wirft Kabul Islamabad vor, es instrumentalisiere die Taliban für politische Zwecke in Afghanistan. Denn solange die Sicherheitslage am Hindukusch instabil bleibt, braucht man auf pakistanischer Seite auch eine wirtschaftliche Konsolidierung des Landes nicht besonders zu fürchten. Wer sich schon einmal ein Bild vom Warensortiment afghanischer Basare gemacht hat, weiß, welche Bedeutung dieser Absatzmarkt für Pakistan hat. Musharraf seinerseits kritisiert seinen Amtskollegen Karzai, nicht effektiv genug gegen den ausufernden Drogenanbau vorzugehen. Gerade durch den lukrativen Drogenhandel würden die Taliban überhaupt erst in die Lage versetzt werden, ihren Widerstand zu finanzieren.

Fehler im zivilen Aufbau

Fehlentwicklungen, die zu Unzufriedenheit und Vertrauensverlust unter den Afghanen führen, lassen sich auch im zivilen Aufbau festmachen. Es ist beispiels-

weise nur schwer nachvollziehbar, dass zum Teil gut ausgebildete afghanische Fachkräfte bei den internationalen Organisationen oft nur als ortskundige Fahrer angestellt werden. Für den Einzelnen sicherlich ein finanzieller Segen, doch gerade jene „high-potentials“ fehlen letztendlich für eine nachhaltige Entwicklung vor allem im wirtschaftlichen und bildungspolitischen Bereich.

Allerdings reichen selbst deren gut dotierte Gehälter häufig nicht aus, den notwendigen Verpflichtungen nachzukommen. Denn mit dem Einkommen muss nicht nur die eigene, sondern häufig auch die erweiterte Großfamilie versorgt werden. Dies gestaltet sich aber im täglichen Leben zunehmend schwierig, da mit den ausländischen Experten in kurzer Zeit relativ viel Geld vor allem nach Kabul kam. Folglich stiegen die Lebenshaltungskosten stark an, wodurch manche Produkte wiederum gerade für diejenigen Personengruppen, die nicht das Glück haben, bei „Ausländern“ beschäftigt zu sein beziehungsweise arbeitslos sind, kaum noch bezahlbar sind. Ähnlich verhält es sich auf dem Immobilienmarkt. Auch hier wirkt sich die Praxis, oft vollkommen überzogene Mietpreise für Häuser und Wohnungen an wenige Wohlhabende zu zahlen, negativ auf das Image der internationalen Mitarbeiter aus. Zumal die Eigentümer häufig nicht in Kabul selbst, sondern im Ausland leben. Kontraproduktiv ist es ebenfalls, wenn afghanische Mitarbeiter für viel Geld zunächst für einen bestimmten Beruf ausgebildet, dann aber von anderen internationalen Akteuren abgeworben und fachfremd eingesetzt werden. So erreicht man keine effektive Nachhaltigkeit in der Aus- und Fortbildung.

Das Ziel muss es insoweit sein, die einzelnen (nationalen) Hilfs- und Entwicklungsansätze noch besser aufeinander abzustimmen und so das Afghanistankonzept der internationalen Staatengemein-

schaft insgesamt wirkungsvoll nachzujustieren. Damit könnten Synergieeffekte der zweifelsohne zahlreichen Erfolge bei den Wiederaufbaubemühungen verstärkt werden.

Kernprobleme beim Wiederaufbau

Eine immense, langfristig wirkende Herausforderung, die alle bisherigen Erfolge des Wiederaufbaus, vor allem aber die auf die nächsten Jahrzehnte projektierte Entwicklung zunichtemachen kann, stellt das exorbitante Bevölkerungswachstum Afghanistans dar. Daran konnten auch über zwanzig Jahre Krieg nichts ändern. So lag im Jahre 2006 die Fertilität pro Frau im Durchschnitt bei 6,69 Geburten. In der Konsequenz bedeutet dies, dass der afghanische Staat nicht nur vor der permanenten Herausforderung steht, in steigendem Maße entsprechend kostenintensive Infrastruktur zum Beispiel im Bildungssektor zur Verfügung zu stellen. Auch drängen laufend junge Menschen auf den angespannten Arbeitsmarkt, der aber nur einen Teil dieser Arbeitskräfte absorbieren kann. In der Hauptstadt Kabul tritt verschärfend noch die Konkurrenz durch zum Teil gut ausgebildete „Heimkehrer“ aus dem Ausland hinzu. Die mit der hohen Arbeitslosigkeit verbundene breite materielle Not und mangelnde Berufsperspektiven nutzen wiederum religiöse Eiferer, aber auch die organisierte Kriminalität zu ihren Gunsten.

Auf der anderen Seite muss man konstatieren, dass ein behutsames Gegensteuern von staatlicher Seite oder durch die internationale Gemeinschaft dabei den Kern der stark islamisch geprägten afghanischen Gesellschaft berührt. Denn Kinderreichtum ist für viele Afghanen nicht nur ein Zeichen von Gottgefälligkeit, sondern – neben einer Art traditioneller „Rentenversicherung“ – auch ein probates Mittel, der eigenen Familie oder dem eigenen Stamm zu mehr Macht und Einfluss zu verhelfen. Die eigentliche Bri-

sanz des starken Wachstums der Bevölkerung ergibt sich aber aus der Koppelung der damit häufig einhergehenden Armut und der Anfälligkeit gegenüber religiösem Extremismus im Land selbst.

Auch das Spannungsverhältnis zwischen Religion und der Akzeptanz „weltlicher“ Herrschaftsansprüche darf nicht unterschätzt werden. In privaten Gesprächen wurde immer wieder deutlich gemacht, dass beispielsweise Gesetze oder Vorschriften nur so lange Beachtung finden, wie sie mit dem Islam kompatibel sind. Im Zweifelsfall fühlt man sich eher den Vorgaben des Korans verpflichtet, nicht aber so sehr den staatlichen Vorgaben.

Ein weiteres Problem stellt die Unterbezahlung staatlicher Angestellter dar. Zirka achtzig US-Dollar beispielsweise für den Polizeidienst – Lehrer an Schulen bekommen sogar noch weniger – reichen einfach nicht aus, um damit den Lebensunterhalt abzudecken. Dies macht den Staatsdienst für qualifiziertes Personal unattraktiv, darüber hinaus ist damit der Bestechung Tür und Tor geöffnet. Die flächendeckende Einführung von „Kombi-Löhnen“ wäre ein möglicher Lösungsansatz, das heißt, der afghanische Staat zahlt eine Art „Grundgehalt“, weitere „Zulagen“ die internationale Gemeinschaft. Allerdings: Da dieser Ansatz kaum mit den Gewinnmargen aus den illegalen

(Drogen-)Geschäften konkurrieren kann, darf man im Hinblick auf die Eindämmung der ausufernden Korruption im Staatsdienst nicht zu viel erwarten.

Festzuhalten ist weiterhin, dass die (wirtschaftlichen) Erwartungen an die internationale Gemeinschaft wohl von Anfang an viel zu hoch waren, als dass sie in so kurzer Zeit hätten erfüllt werden können. Dies verknüpft sich wiederum mit einem hohen Anspruchsdenken gegenüber der eigenen Regierung, beispielsweise bei der Verbesserung der desolaten Arbeitsmarktlage. Bleiben dann Erfolge aus oder werden die Erwartungen nicht im erhofften Maße erfüllt, führt dies oft zu Enttäuschung und Frustration, die – wenn ein gewisser „Sättigungsgrad“ erreicht ist – wiederum in Radikalität umschlagen können.

Angesichts der vielfältigen und schwierigen Problemlage sollten sich die internationalen Partner darauf einstellen, dass man mit kostenintensiven zivilen Aufbauprojekten sehr viel länger am Hindukusch bleiben muss als ursprünglich angenommen. Dies gilt auch für das militärische Engagement der NATO, das jedoch angepasst werden muss. Der Winter wird das Land zwar wieder für einige Monate beruhigen, die eigentliche Belastungsprobe steht der internationalen Gemeinschaft in den nächsten Jahren aber erst noch bevor.

Die Märzangabe der Politischen Meinung wird sich mit der **Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)**

anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens befassen.

Die Römischen Verträge, der historische Kontext

sowie weitere Entwicklungen werden unter anderem von Beate Neuss,

Marianne Kneuer und Michael Gehler in den Blick genommen.

Das Thema „Bundeslöschtag“ behandelt ein Beitrag von Günter Buchstab,

Ernst Elitz rezensiert das Buch

Die Souffleure der Mediengesellschaft von Siegfried Weischenberg.